



**Trinkwasser verseucht.
Kind vergiftet.
Rohstoffkonzern haftet.**

JA!
am 29. November

**Konzern-
verantwortung**

Infobroschüre für Engagierte

Warum braucht es die Konzernverantwortungsinitiative?

Glencore vergiftet Flüsse in Kolumbien und die Luft in Sambia. Der Basler Konzern Syngenta verkauft tödliche Pestizide, die bei uns schon lange verboten sind. Und der Zementriese LafargeHolcim verschmutzt ein Dorf in Nigeria mit Zementstaub. Immer wieder verletzen Konzerne mit Sitz in der Schweiz die Menschenrechte und ignorieren minimale Umweltstandards.

Die Konzernverantwortungsinitiative fordert eine Selbstverständlichkeit:

Wenn Konzerne wie Glencore Flüsse vergiften oder ganze Landstriche zerstören, dann sollen sie auch dafür geradestehen!

Misstände: Glencore



Mine vergiftet Kinder

In der peruanischen Stadt Cerro de Pasco sind Luft und Wasser mit Schwermetallen vergiftet. Daran Schuld: Eine riesige Mine, die von Glencore kontrolliert wird. Die Mine reißt ein riesiges Loch mitten in die Stadt, giftiges Minen-Gestein türmt sich direkt neben Wohnquartieren. Das führt zu einer extremen Umweltverschmutzung durch Blei, Arsen und viele weitere Schwermetalle. Alles ist vergiftet: die Luft, die Böden, das Wasser. Gerade für die Kinder haben die Bleivergiftungen dramatische Folgen: Blutarmut, Behinderungen, Lähmungen.



Vergiftetes Trinkwasser in Kolumbien

Glencore betreibt in Cerrejón eine der weltweit größten Kohleminen im Tagebau. Der Kohleabbau auf 70'000 Hektaren (dreifache Fläche des Kantons Zug) führt zu hoher Feinstaubbelastung und Industrieabwasser verschmutzt den Fluss Ranchería. Dieser versorgt rund 450'000 Menschen mit Wasser. Die hohen Schwermetallkonzentrationen schädigen vor allem die indigenen Wayuu-Gemeinschaften. Lokale Ärzt/-innen beobachten viele Fälle von Brust- und Lungenkrebs.



Umweltkatastrophe bei Glencore-Ölfeld im Tschad

Zweimal innerhalb von zwei Jahren brechen Dämme von Abwasserbecken mit giftigen Chemikalien auf dem Ölfeld Badila von Glencore. Toxisches Abwasser ergießt sich über Felder und vergiftet den Fluss Nya Pende, Erdöl entweicht aus einer Pipeline und verschmutzt den Fluss zusätzlich. Über 50 Menschen erleiden teilweise schwere Verletzungen, darunter auch viele Kinder. Zusätzlich verenden zahlreiche Tiere und Fische aufgrund der Vergiftungen.

Syngenta, LafargeHolcim, Sogescol



Syngenta-Pestizid vergiftet Landarbeiter in Indien

Im indischen Distrikt Yavatmal wurden 2017 hunderte Landarbeiter vergiftet, als sie auf Baumwollfeldern Pestizide ausbrachten. Über zwanzig von ihnen starben. Ein für die Vergiftungswelle mitverantwortliches Insektizid – «Polo» mit dem Wirkstoff Diafenthiuron – stammte aus der Schweiz. Allein nach Indien exportierte Syngenta 2017 75 Tonnen des Wirkstoffs – obwohl dieser hierzulande wegen seiner Gefährlichkeit für Gesundheit und Umwelt längst verboten ist.



LafargeHolcim-Fabrik verschmutzt Dorf in Nigeria

Wenige Meter neben dem Dorf Ewekoro betreibt LafargeHolcim eine Zementfabrik. Diese verschmutzt das Dorf und die umliegenden Felder mit Zementstaub. Das hat katastrophale Folgen: Die schlechte Luft- und Wasserqualität führt zu einer tieferen Lebenserwartung und die Emissionen greifen Lungen und Atemwege der Bewohner/-innen an.



Kautschuk-Konzern vertreibt Menschen in Liberia

Sogescol-Socfinco in Freiburg (FR) verwaltet und managt weltweit Plantagen, so auch in Liberia. Dort produziert der Konzern Naturgummi für den Weltmarkt. Mit Bulldozern hat die Firma Menschen von ihrem Land vertrieben und Kautschuk-Monokulturen angepflanzt. Die Plantagen haben verheerende Folgen für die lokale Bevölkerung. Die Menschen haben ihr fruchtbares Agrarland verloren und berichten, dass ihr Trinkwasser durch Pestizide der Kautschuk-Produktion vergiftet wird. Frauen auf den Plantagen sind immer wieder sexueller Gewalt ausgesetzt.

Das fordert die Initiative

- **Konzerne dürfen keine Menschenrechte verletzen und die Umwelt nicht zerstören.**
- **Verletzt ein Konzern wie Glencore weiterhin Menschenrechte, muss er vor einem unabhängigen Schweizer Gericht für den Schaden geradestehen.**



«Der von der Initiative geforderte Haftungsmechanismus ist nichts Exotisches, in diversen Ländern ist es bereits möglich, Unternehmen für Machenschaften im Ausland haftbar zu machen.»

Giusep Nay, alt Bundesgerichtspräsident und Mitglied des Initiativkomitees der Konzernverantwortungsinitiative

■ In anderen Ländern bereits möglich

Frankreich hat bereits ein ähnliches Gesetz eingeführt, wie es die Konzernverantwortungsinitiative fordert. Auch in Grossbritannien, Kanada oder den Niederlanden können Geschädigte bereits heute vor Gericht Wiedergutmachung verlangen, wie es mit der Initiative vorgesehen ist.



■ Konkretes Beispiel

Eine Glencore-Tochterfirma vergiftet einen Fluss im Tschad. Viele Kühe und Schafe verenden. Die lokale Justiz will den Vorfall nicht untersuchen. Mit der Unterstützung der Kirche, lokaler Organisationen oder Anwalt/-innen klagen die Dorfbewohner/-innen auf Wiedergutmachung in der Schweiz.

Die Dorfbewohner/-innen müssen beweisen, dass ihnen ein Schaden entstanden ist, dieser als

widerrechtlich zu beurteilen ist (Umweltstandard verletzt), der Schaden aufgrund der Tochtergesellschaft zustande kam und Glencore diese Tochtergesellschaft kontrolliert.

Ein unabhängiges Gericht im Kanton Zug nimmt die Klage entgegen und fordert Glencore auf, eine Stellungnahme einzureichen. Aufgrund der vorgelegten Beweise beider Seiten entscheidet das Gericht.

Die wichtigsten Gründe

1. **Die Konzernverantwortungsinitiative ist eine Selbstverständlichkeit!**
Die Initiative fordert eine Selbstverständlichkeit: Wenn Konzerne wie Glencore auf Kinderarbeit setzen oder Flüsse verschmutzen, dann sollen sie auch dafür geradestehen.
2. **Prävention statt die Augen zu verschliessen**
Immer wieder verletzen Konzerne Menschenrechte oder sind für Umweltzerstörung verantwortlich. Mit der Initiative werden Konzerne dazu verpflichtet, nicht länger wegzuschauen und präventiv dafür zu sorgen, dass keine Menschen zu Schaden kommen und dass die Umwelt nicht zerstört wird.
3. **Einzelne Konzerne nutzen rechtsfreie Räume aus**
Skrupellose Konzerne nutzen die Situation in denjenigen Ländern aus, welche über keine funktionierende Justiz verfügen. Sie setzen auf Kinderarbeit oder zerstören die Umwelt, ohne Konsequenzen befürchten zu müssen. Deshalb braucht es die Initiative.
4. **Freiwilligkeit funktioniert nicht**
Die Initiative schafft klare Regeln, um skrupellosem Verhalten einiger Konzerne einen Riegel vorzuschieben. Die Erfahrung zeigt, dass freiwillige Massnahmen nicht reichen, damit sich alle Konzerne an die Menschenrechte halten oder minimale Umweltstandards respektieren.
5. **Wer nichts zu verbergen hat, hat auch nichts zu befürchten**
Betroffen sind nur die wenigen Konzerne wie Glencore, die Flüsse vergiften oder ganze Landstriche zerstören. KMU sind ausgenommen. Wer nichts zu verbergen hat, hat auch nichts zu befürchten.



«Wegen der Schwäche der lokalen Gerichte bleiben schwere Menschenrechtsverletzungen und Umweltverbrechen von Konzernen und ihren Tochterfirmen meist ohne jegliche Sanktionen. Deshalb braucht es die Konzernverantwortungsinitiative.»

Dick Marty, alt Ständerat FDP und Co-Präsident Initiativkomitee

Antworten auf Gegenargumente

1. Die Initiative verlangt eine «Beweislastumkehr»
Die Initiative will eine schädliche Haftungsbestimmung einführen. Die geforderte Beweislastumkehr führt zu einer Haftung ohne Verschulden und einer Klagewelle.

Antwort Die Behauptung der Gegner stimmt nicht. Die Beweislast bleibt so, wie es in der Schweiz üblich ist: Die Geschädigten müssen Schaden, Widerrechtlichkeit, Kausalität und die Kontrolle durch den Konzern beweisen. Wenn die Schweizer Konzernzentrale angemessene Schritte ergriffen hat, um einen Schaden zu verhindern, wird die Klage abgewiesen. Konzerne werden nur für Schäden geradestehen müssen, die sie oder ihre Tochterfirmen verursacht haben.

2. Die Initiative schadet den KMU
Die Initiative schadet auch den KMU, die das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft sind.

Antwort Die Schweizer Bevölkerung hat wenig Verständnis für skrupellose Grosskonzerne. Die Gegner/-innen der Initiative setzen deshalb auf ein Ablenkungsmanöver. Sie behaupten, dass Schweizer KMU betroffen seien. Das ist falsch. Die Initiative richtet sich gegen die Verantwortunglosigkeit von internationalen Grosskonzernen wie Glencore oder Syngenta. Selbst Hans-Ulrich Bigler, der Direktor des Gewerbeverbands, sagt, dass die Behauptungen der Konzernlobby «Unsinn» seien.

3. Haftung für Zulieferer und Lieferanten
Konzerne müssen all ihre Lieferketten im Detail kontrollieren, sonst müssen sie sogar für den Zulieferer vom Zulieferer haften.

Antwort Falsch: Die Haftung gilt nur dort, wo der Konzern die Kontrolle darüber hat, wie vor Ort gearbeitet wird, also bei Tochterfirmen. Es gibt keine Haftung für Lieferanten und Zulieferer. Die Konzerne streuen diese Lüge gezielt, weil sie keine richtigen Argumente haben.

4. Konzerne ziehen sich alle aus Entwicklungsländern zurück
Die Initiative würde dazu führen, dass Investitionen im Ausland für Schweizer Unternehmen unattraktiv werden. Chinesische Unternehmen werden dann übernehmen. Dies schadet der Bevölkerung in Entwicklungsländern und hilft niemandem.

Antwort Ein Blick über die Landesgrenze zeigt, dass klare Regeln nicht zu weniger Investitionen führen. Zwei der weltweit grössten Rohstoffkonzerne Rio Tinto und Anglo American haben ihren Hauptsitz in Grossbritannien, wo Konzerne bereits für Schäden haftbar gemacht werden können. Der geforderte Haftungsmechanismus wird hierzulande von Konzernen wie Glencore bekämpft, weil der Konzern nicht für die angerichteten Schäden haften will.

5. Führt zu höheren Kosten für Konsument/-innen
Die Initiative verursacht hohe Kosten durch die geforderte Bürokratie. Das hilft niemandem, führt aber zu höheren Preisen für Schweizer Konsument/-innen.

Antwort Nein, die Initiative führt nicht zu höheren Preisen. Der Preis sagt nichts darüber aus, unter welchen Bedingungen produziert wird. Nur weil Glencore keine Bäuerinnen mehr vertreiben darf und giftige Abwässer legal entsorgen muss, steigen die Preise von Konsumgütern nicht. Das sieht man auch in Frankreich und den Niederlanden: Obwohl dort ähnliche Gesetze gelten, wie sie die Initiative fordert, sind die Preise nicht gestiegen.

Tipps & Tricks für die Kampagne

- **Volksinitiativen haben nur eine Chance, wenn breite Teile der Bevölkerung die Missstände kennen.**
Deshalb ist es sehr wichtig, dass wir die Missstände an die Öffentlichkeit bringen und über die konkreten Fälle sprechen.
- **Volksinitiativen verlieren an Zustimmung, falls hauptsächlich über die Gegenargumente gesprochen wird.**
Die Gegner/-innen versuchen die Bevölkerung zu verunsichern. Beispiele dafür sind «Beweislastumkehr» oder «Klageflut». Sie hoffen, dass wir nur noch über juristische Details sprechen, welche für Nicht-Jurist/-innen schwierig zu verstehen sind.
- **Nur wenn wir unsere Argumente wiederholen, hören es auch Stimmberechtigte, welche weniger interessiert sind.**
In Kampagnen für ein JA geht es nicht darum, möglichst viele verschiedene Argumente zu finden oder möglichst kreative Aktionen zu erfinden. Stattdessen ist das Ziel, so viele Menschen wie möglich mit den besten Argumenten zu erreichen.
- **Wir gewinnen, wenn wir uns trauen, mit möglichst vielen Leuten über die Initiative zu sprechen.**
Man muss nicht Jurist/-in sein, um unsere Initiative zu verstehen. Unsere Forderung ist einfach: Wer einen Schaden anrichtet, soll dafür geradestehen. Juristische Detailfragen können die Expert/-innen beantworten. Es ist deshalb legitim bei Detailfragen an das Sekretariat zu verweisen.

DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

- **Die eigenen Argumente wiederholen, wiederholen, wiederholen**
- **Direkt auf Konzerne und konkrete Beispiele fokussieren (S. 2-3)**
- **Besser Beispiele gut kennen, statt komplizierte, juristische Antworten auf Gegenargumente auswendig lernen**

Zeigen Sie Ihre Unterstützung!



Breite Unterstützung für die Initiative



Lucrezia Meier-Schatz
alt Nationalrätin CVP/SG

**Bürgerliches
Komitee für
Konzernverantwortung**

Hunderte Politiker/-innen aus den Parteien
BDP, CVP, EVP, FDP, GLP, SVP stehen hinter der Initiative:
www.buergerliches-komitee.ch



Dietrich Pestalozzi
Pestalozzi AG
Schweizer Familienunternehmen
mit 300 Mitarbeiter/-innen

**WIRTSCHAFTSKOMITEE
FÜR VERANTWORTUNGSVOLLE
UNTERNEHMEN**

Zusammen mit Dietrich Pestalozzi sprechen sich
250 Unternehmer/-innen für mehr Konzernverantwortung aus:
www.verantwortungsvolle-unternehmen.ch



Simone Curau-Aepli
Präsidentin
Schweizerischer Katholischer Frauenbund

**Kirche für Konzern-
verantwortung**

Die Bischofskonferenz, die Evangelisch-reformierte
Kirche Schweiz sowie viele Kirchgemeinden und Pfarreien
engagieren sich für das Anliegen:
www.kirchefuerkonzernverantwortung.ch



Daniel Jositsch
Ständerat SP und Rechtsprofessor

**Konzern-
verantwortungs-
initiative**

Viele weitere Persönlichkeiten und Organisationen,
die die Initiative unterstützen:
www.konzern-initiative.ch



... und 120 weitere Organisationen unterstützen die Initiative.